

**RS OGH 1999/2/9 7Ob354/98d,  
3Ob223/02v, 4Ob53/07h,  
6Ob149/14a, 4Ob158/16p**

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 09.02.1999

## Norm

ABGB §154 Abs3 G

ABGB §271

## Rechtssatz

Die Einlassung als Beklagter in einen Rechtsstreit und die Erteilung sowie der Widerruf einer Vollmacht zählen zum ordentlichen Wirtschaftsbetrieb, solange zwischen dem Kind und seinen Eltern kein Interessenwiderstreit besteht. In diesen Fällen ist gemäß § 271 ABGB bei einem Interessenwiderstreit mit der Bestellung eines Kollisionskurators vorzugehen.

## Entscheidungstexte

- 7 Ob 354/98d  
Entscheidungstext OGH 09.02.1999 7 Ob 354/98d
- 3 Ob 223/02v  
Entscheidungstext OGH 18.12.2003 3 Ob 223/02v  
Vgl; Beisatz: Die Erteilung der Vollmacht an einen Rechtsanwalt zur Vertretung in einem Unterhaltsverfahren stellt keine Maßnahme des außerordentlichen Wirtschaftsbetriebs iSd § 154 Abs 3 ABGB dar. (T1)
- 4 Ob 53/07h  
Entscheidungstext OGH 24.04.2007 4 Ob 53/07h  
Ähnlich; Beisatz: Hier: Nachträgliche Genehmigung eines Passivprozesses durch den nach § 6a ZPO bestellten Sachwalter. (T2); Veröff: SZ 2007/63
- 6 Ob 149/14a  
Entscheidungstext OGH 29.01.2015 6 Ob 149/14a  
Auch; Beisatz: Auch die Erhebung von Rechtsmitteln durch den beklagten Pflegebefohlenen ist von der Genehmigungspflicht befreit. (T3)
- 4 Ob 158/16p  
Entscheidungstext OGH 30.08.2016 4 Ob 158/16p  
Vgl; Beisatz: Hier: Die Rücknahme des Verfahrenshilfeantrags ist daher nicht genehmigungsbedürftig, es wird schließlich mit dieser Prozesshandlung nicht über den Verfahrensgegenstand disponiert. (T4)

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1999:RS0111603

## Im RIS seit

11.03.1999

## Zuletzt aktualisiert am

26.09.2016

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)